

Stellungnahme



Stellungnahme der DFG zur Untersuchung „Forschungsbedingungen von Professorinnen und Professoren an deutschen Universitäten“

Dr. Robert Paul Königs

Fachliche Angelegenheiten der Forschungsförderung

Bonn, Juli 2011

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Kennedyallee 40 · 53175 Bonn · Postanschrift: 53170 Bonn

Telefon: + 49 228 885-1 · Telefax: + 49 228 885-2777 · postmaster@dfg.de · www.dfg.de



Als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in ihrem Selbstverständnis auch ein Zusammenschluss der Forscherinnen und Forscher („Communities“). Deren Repräsentanz in der DFG wird vor allem durch regelmäßige Wahlen zu den Fachkollegien gewährleistet, die mit den von den Mitgliedern der DFG gewählten Gremien (Präsidium, Senat) zusammenwirken.

Die Mitglieder der Fachkollegien wurden 2006 vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) zu ihren Erfahrungen befragt¹, zahlreiche Meinungen und Anregungen aus der Befragung haben ihren Weg in die Förderpraxis der DFG gefunden.

In der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts hat sich die DFG durchgreifend verändert – die Neukonzeption des Begutachtungssystems, die Weiterentwicklung des Programmportfolios, eine zunehmende Internationalisierung und Europäisierung sowie die Exzellenzinitiative sind sichtbare Beispiele dafür. Im Zusammenhang damit haben sich auch die Rolle und die Wahrnehmung der DFG im Wissenschaftssystem Deutschlands und Europas stark verändert.

Das war für sie ein Anlass, über den Kreis der Fachkollegiatinnen und Fachkollegiaten hinaus eine Befragung (potenzieller) Antragstellerinnen und Antragsteller anzuregen, von der sie sich Aufschluss über einige zentrale Fragen erhoffte:

- *Ist das veränderte Programmportfolio der DFG angemessen für die aktuellen Anforderungen an Förderung?*
- *Wird das Begutachtungs-, Bewertungs- und Entscheidungsverfahren verstanden und akzeptiert?*
- *Welche Aufgaben sollte die DFG neben der Projektförderung nach Meinung ihrer „Klienten“ zusätzlich vorrangig wahrnehmen?*

Die Fragestellungen wurden wiederum vom iFQ aufgenommen und in eine etwas allgemeinere gefasste Studie zu „Forschungsbedingungen von Professorinnen und Professoren an deutschen Hochschulen“ eingebettet, die im März 2011 als iFQ Working Paper No. 8 erschien (Autoren: S. Böhmer, J. Neufeld, S. Hinze, C. Klode und S. Hornbostel).

Deren Ergebnisse sind zwar selten völlig unerwartet, insgesamt aber aufschlussreich.

¹ Hornbostel, S.; Olbrecht, M.: Peer Review in der DFG: Die Fachkollegiaten. iFQ Working Paper No. 2, November 2007.

I. Situation der Forschung in Deutschland

Die Wahrnehmung der Situation der Forschung in Deutschland durch die Professorinnen und Professoren ist durch mehrere Trends charakterisiert:

Starker Wettbewerb

An vielen Stellen der Studie scheint auf, dass die Befragten in einem sehr wettbewerbsorientierten Umfeld arbeiten. Hierauf deuten die Aussagen zum empfundenen Publikationsdruck, zur Gutachtenlast und zum Druck, Drittmittel einzuwerben – nur 18% der Befragten meinen, ohne Drittmittel forschen zu können, dementsprechend hoch (89%) ist der Anteil derjenigen, die in den letzten fünf Jahren einen Antrag auf Drittmittel gestellt haben. Dass über zwei Drittel der Professorinnen und Professoren in diesem Zeitraum einen Antrag bei der DFG gestellt haben zeigt, dass zumindest in dieser Gruppe die Antragstellung bei der DFG kein Selektionsmerkmal (mehr) ist – selbst wenn man berücksichtigt, dass die Nicht-Antragsteller zu einem größeren Anteil nicht geantwortet haben könnten.

Aus den Antworten lässt sich schließen, dass die Befragten den Wettbewerb grundsätzlich akzeptieren, auch wenn sie speziell „Exzellenzwettbewerben“ eher distanziert gegenüber stehen.

Starke Forschung

In vielen Fachgebieten wird die Forschung in Deutschland als international kompetitiv bzw. an der Spitze stehend angesehen. Hier deckt sich die Selbsteinschätzung der Befragten mit anderen Studien².

Intensive Kooperation

„In meinen Forschungsprojekten sind Kooperationen mit anderen ForscherInnen unerlässlich“ – vier von fünf der Befragten haben diese Aussage bejaht, und zwar auch solche, die bevorzugt Einzelprojekte beantragen. Aus den Antworten lässt sich auch ableiten, dass die Kooperation eher nach fachlichen als nach strukturellen (z.B. regionalen oder institutionellen) Gesichtspunkten gesucht wird. Bemerkenswert ist die Bedeutung, die der Kooperation mit Partnern im Ausland und in anderen Disziplinen zugemessen wird. Die Einschätzungen variieren über die Fachgebiete, aber selbst in den zurückhaltendsten (Geistes- und Sozialwissenschaften) bejahen 2/3 den Kooperationsbedarf und unterstreichen die Bedeutung der Förderung internationaler und interdisziplinärer Zusammenarbeit durch die DFG.

² z.B. International comparative performance of the UK research base, DBIS; London, 2009; Knowledge, networks and nations: Global scientific collaboration in the 21st century, Royal Society, London 2011.

Prekäre Nachwuchskarrieren

Die größte Sorge, die in der Befragung zum Ausdruck kommt, ist die um den wissenschaftlichen Nachwuchs; nachdrücklich wird festgestellt, dass dessen Karriereperspektiven zu unsicher sind, dass es an einer ausreichenden Zahl von Stellen für den Nachwuchs fehlt, dass die Befristung der Stellen gerade im Postdoc-Bereich ein Rekrutierungshindernis darstellt und dass das Gehaltsniveau nicht wettbewerbsfähig ist. Folgerichtig wird die Schaffung verlässlicher Karriereperspektiven für die am besten geeignete Maßnahme gehalten, den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als wichtigste Förderaufgabe der DFG angesehen. Es ist daher sehr erfreulich, dass die Befragten der DFG hier auch gute Leistungen bescheinigen.

II. Aufgaben der DFG

Für die Befragten ist die DFG „mit Abstand der wichtigste Mittelgeber“. Sie genießt das höchste Prestige, mit ihr sind die besten Erfahrungen gemacht worden und für 2 von 5 Befragten ist sie der primäre Mittelgeber. Im Wesentlichen wird sie als Förderer der Grundlagenforschung gesehen; gerade die thematische Offenheit ihrer Programme wird geschätzt.

1. Projektförderung durch die DFG

1.1 Programmportfolio

In mehrfacher Weise bringen die Befragten zum Ausdruck, dass sie die thematische Offenheit als zentrale Komponente des DFG-Programmportfolios ansehen – als wichtigen Grund für die Antragstellung bei der DFG, als Vehikel für „Risiko-Forschung“ und, in den Kommentaren zu den Aufgabenbereichen der DFG, implizit auch in ihrer Zurückhaltung gegenüber externen Kriterien wie „gesellschaftlich und ökonomisch relevante Forschung“.

Paradigmatisch für die thematische Offenheit ist die Einzelförderung – für mehr als die Hälfte der DFG-Geförderten war der letzte bewilligte Antrag ein Einzelantrag. Aus der hohen Bedeutung, die in der Befragung auch der Förderung von nationalen Kooperationen und interdisziplinärer Vernetzung zugemessen wurde, lässt sich ebenfalls eine klare Unterstützung der koordinierten Programme der DFG ableiten, die gleichermaßen themenoffen angeboten werden.

Wir werten dies als grundlegende Zustimmung zu unserem Programmportfolio. Auf Ausnahmen und Spezialaspekte wird in den nachfolgenden Punkten eingegangen.

1.2 Exzellenzinitiative

Auch wenn die Befragten eine wettbewerbliche Mittelvergabe grundsätzlich akzeptieren, bejaht nicht einmal ein Viertel von ihnen die Eignung von „Exzellenzwettbewerben für die Forschung“ als wissenschaftspolitische Maßnahme zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland. Die Exzellenzinitiative, die 2005 von Bund und Ländern beschlossen wurde und von DFG und Wissenschaftsrat umgesetzt wird, ist sicherlich der Wettbewerb, der die höchste öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, aber nur etwas über 40% der Befragten hält die Beteiligung daran für eine (eher) wichtige Aufgabe der DFG. Die Studie stellt fest, dass diese Beurteilung „nur geringfügig von einem allgemeinen ‚Frustrationseffekt‘ [...] abhängt, sondern wesentlich stärker davon, ob überhaupt ein Engagement in der Exzellenzinitiative stattfand bzw. ein persönlicher Nutzen entstanden ist“.

Die DFG nimmt die differenzierte Sicht auf die Exzellenzinitiative und die unvermeidlichen Rückkoppelungseffekte des Wettbewerbs durchaus wahr, sie ist aber trotzdem der Auffassung, dass die Exzellenzinitiative insgesamt eine Bereicherung der Forschungsförderung in Deutschland darstellt und wesentliche Impulse in die Universitäten hineingetragen hat. Sie erachtet ihre eigene Beteiligung daran als konstitutiv und essenziell – auch, um zu gewährleisten, dass die Entscheidungen wissenschaftsgeleitet getroffen werden. Sie ist deswegen erfreut, dass diese Beteiligung von den Befragten als gut erfüllt angesehen wird.

1.3 Nachwuchsförderung

Wie bereits ausgeführt, sehen die Befragten die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als eine Kernaufgabe der DFG an und geben ihr dafür eine gute Bewertung. Zum Hauptdesiderat der Professorinnen und Professoren, der Schaffung verlässlicher Karriereperspektiven für junge Forschende, kann die DFG jedoch nur mittelbar beitragen, etwa indem sie, wie in den letzten Jahren geschehen, die Vergütung vieler Promovierender deutlich verbessert oder mit dem Emmy Noether-Programm substantielle Förderung und Qualifikationsmöglichkeiten anbietet, die für die Besten eine Brücke in eine dauerhafte Anstellung bilden können. Die danach nötigen Dauerpositionen an den Universitäten können nur die Länder schaffen.

Nachdenklich macht die insgesamt geringe (wenngleich in verschiedenen Fachgebieten unterschiedliche) Bewertung der Ausdehnung strukturierter Promotionsförderung als wissenschaftspolitische Maßnahme. Das ist, wie der Bericht richtig anmerkt, kein abschließender Befund, da hier nur nach der *Ausdehnung* gefragt wurde. Er ist aber ein Hinweis darauf, dass die Reform der Promotionsförderung, mit dem Ziel, verbindliche Betreuungsstrukturen – etwa in Projektzusammenhängen oder Doktorandenkollegs – zu schaffen, übergroße Spezialisierung und Eingleisigkeit zu vermeiden und Promotionen zu straffen, noch nicht abgeschlossen ist. Zu dieser Reform leistet die DFG mit dem Programm Graduiertenkollegs und

den Graduiertenschulen der Exzellenzinitiative einen wichtigen Beitrag. Wir erachten ihn nach wie vor als notwendig.

1.4 Risikoprojekte

Fast zwei Drittel der Befragten befürworten die „Förderung risikoreicher Forschung“ als wissenschaftspolitische Maßnahme. Die weiteren Fragen zu diesem Komplex zeigen allerdings sehr unterschiedliche Meinungen zur geeigneten Art der Förderung und sogar zum Begriff selbst auf. Zur Frage, ob sich risikoreiche Projekte „grundsätzlich von üblichen Forschungsprojekten unterscheiden“ zeigt sich – mehr als an jeder anderen Stelle der Studie – eine Kluft zwischen den Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits, den Lebens-, Natur- und Ingenieurwissenschaften andererseits. In den letztgenannten Communities ist man mehrheitlich oder fast mehrheitlich der Ansicht, dass es diesen Unterschied gibt, in den erstgenannten herrscht dazu große Ungewissheit. Von den 42% der insgesamt Befragten, die den Unterschied bejahen, spricht sich eine große Mehrheit für besondere einschlägige Förderangebote aus.

Die DFG hat sich vor einigen Jahren mit diesem Thema auseinander gesetzt und bietet seit 2008 in Form der Reinhart Koselleck-Projekte ein Förderformat an, das besonders ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Freiraum und Mittel für Risiko-Projekte zur Verfügung stellt. Vergleicht man das Profil dieser Maßnahme mit den Ergebnissen der Studie, ergeben sich Differenzen. Den Befragten ist wichtig, dass „die Idee, nicht die Vorerfahrung der AntragstellerInnen im Vordergrund stehen“ soll, und sie empfehlen, in diesem Kontext vor allem Explorationsprojekte zu fördern.

Die DFG verschließt sich diesen Argumenten nicht. Entscheidend für die Förderung von risikoreicher Forschung ist ihrer Ansicht nach allerdings nicht die Antragsform, sondern die Begutachtung und Bewertung der Projekte. Sie vertritt daher, wie auch ein Teil der Befragten selbst, die Ansicht, dass die themenoffene Einzelförderung eine geeignete Förderform dafür ist, die viele der erwünschten Elemente beinhaltet, insbesondere auch die am höchsten bewertete Flexibilität des Mittelabrufs und Deckungsfähigkeit der Mittel; auch die Forderung nach einem präzisen Projektplan sehen die Befragten nicht als Hindernis an. Die Einführung einer neuen Förderungsform zusätzlich zu den Reinhart Koselleck-Projekten erscheint daher mit mehr Nachteilen (z.B. der Abgrenzung) als Vorteilen verbunden.

Dennoch muss sich die DFG mit der Wahrnehmung auseinandersetzen, ihre Förderpolitik sei „sehr konservativ“, Sie wird daher in den Fachkollegien eine Diskussion zur Förderung risikoreicher Forschung herbeiführen. Dort wäre auch über die klar formulierten Erwartungen an die Begutachtung zu sprechen, die in den Freitext-Antworten geäußert werden, insbesondere nach einer Gelegenheit für Antragstellende, sich zu den Gutachten zu äußern (s. auch nachstehender Absatz).

1.5 Begutachtung

Über Konditionen der Förderung, Kriterien der Begutachtung und über das Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren der DFG sahen sich die Professorinnen und Professoren gut bis sehr gut informiert – besser als bei allen anderen Förderern. Bei der „Fairness des Begutachtungsverfahrens“ erhält die DFG ebenfalls eine Höchstnote. Kritischer fallen die Urteile derjenigen aus, die zu abgelehnten Anträgen befragt wurden. Hier klingt auch die Unzufriedenheit mit der Art der Mitteilung von Gutachterhinweisen an. Die DFG hat bisher bewusst davon Abstand genommen, die Möglichkeit einzuräumen, vor der Entscheidung eines Antrages im schriftlichen Verfahren zu den Gutachterkommentaren Stellung zu nehmen („rebuttal“), weil die Steigerung von Bearbeitungsaufwand und –dauer für sehr viele Anträge den möglichen Nutzen für die Entscheidung verhältnismäßig weniger Anträge nicht rechtfertigt. Stattdessen hat sie bei kontroversen Entscheidungen den Antragstellenden geraten, ihren Antrag nach einer Überarbeitung, die die Hinweise aus der Begutachtung berücksichtigt, erneut einzureichen – eine Möglichkeit die verhältnismäßig oft (27% der Fälle) wahrgenommen wurde.

Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass gerade bei Ablehnungen der volle Wortlaut aller eingeholten Gutachten sowie der Stellungnahme des Fachkollegiums (anonymisiert) an die Antragstellenden weiter gegeben werden. Diese Transparenz und Vollständigkeit können unter Umständen auch Irritationspunkte ergeben.

Ebenfalls nicht überraschend ist, dass abgelehnte Antragstellerinnen und Antragsteller Zweifel an der Kompetenz der ausgewählten Gutachter(gruppe) äußern. Diese Kompetenz in jedem Einzelfall zu beurteilen ist eine wichtige Aufgabe der Fachkollegien, deren Mitglieder in großer Mehrzahl der Ansicht waren, dass die Gutachterausswahl verantwortungsvoll wahrgenommen wird³.

Die Studie stellt fest, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen Begutachtungsaktivität und Antragserfolg gibt. Das bildet ab, dass die Geschäftsstelle bei der Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter gerade auf qualifizierte (und demnach auch in der Antragstellung erfolgreiche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zugeht.

Einen hohen und wachsenden Anteil (22%) ihrer Gutachten erhält die DFG dabei aus dem Ausland⁴.

Anlass zur Besorgnis geben die Zahlen, die auf die hohe Inanspruchnahme eines kleinen Kreises von Gutachterinnen und Gutachtern hindeuten; dementsprechend viel Zeit (13%) verwendet dieser Kreis auf gutachterliche Tätigkeiten, und dementsprechend sinkt die Bereitschaft, Bitten um Begutachtung nachzukommen.

³ Hornbostel, Olbrecht, a.a.O., S. 29

⁴ Reinhardt, A., Gutachterinnen und Gutachter in der DFG – Begutachtungen und Demografie; DFG Infobrief 2/2009

In wie weit die überraschend hohe Angabe von beobachteten Fällen „nicht ordnungsgemäßer Begutachtung“ sich auch auf Begutachtungen der DFG erstreckt, lässt sich aus der Erhebung nicht erkennen. Die DFG erhält aber extrem selten Hinweise auf solche Fälle. Wir gehen davon aus, dass die eigenständigen Befangenheitsprüfungen der Geschäftsstelle und die fachnahe Qualitätssicherung durch die Fachkollegien ein effektives Hindernis bilden.

Zusammenfassend kann die DFG mit dem Bild, das ihre „Klienten“ von ihrem Förderhandeln haben, zufrieden sein. Das schließt ein, dass ihre Mitwirkung an Veränderungsprozessen nicht immer konsensual sein kann, ebenso, dass ein so sensibles Verfahren wie das „peer review“ in einem kompetitiven Umfeld konstant beobachtet und immer wieder justiert werden muss.

2. Weitere Aufgaben der DFG

Zu den offenen Fragen der Studie gehörte, in wie weit die Hochschullehrerschaft auch die Aufgaben der DFG wahrnimmt und bewertet, die nicht unmittelbar Förderhandeln sind. Dass jede der zur Bewertung angebotenen Aufgaben als zumindest „wichtig“ angesehen wird⁵, ist eher unerwartet; das Ergebnis ist Bestätigung und Ansporn für das weitere Handeln der DFG.

Auch die Leistungen der DFG werden durchweg als mindestens „voll befriedigend“ angesehen⁵.

Einige Bereiche verdienen einen gesonderten Kommentar.

2.1 *Gute wissenschaftliche Praxis*

Neben der „Vertretung der Interessen der Wissenschaft gegenüber der Politik“ erhält die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis höchste Priorität unter den Aufgaben der DFG außerhalb der Forschungsförderung. Erfreulicherweise wird auch das Handeln der DFG auf diesem Gebiet mit am höchsten bewertet. Die Befragungsergebnisse zum beobachteten wissenschaftlichen Fehlverhalten sind - trotz der vom IfQ selbst angemerkten befragungsmethodischen Probleme - allerdings Grund für Besorgnis. Sie spiegeln den Wettbewerbsdruck, insbesondere den Publikationsdruck, wider, unter dem die Forschung steht. Die DFG hat hier versucht, mit ihren Publikationsrichtlinien, die die Zahl der in einem Antrag aufgeführten Veröffentlichungen begrenzen, Pflöcke einzuschlagen.

⁵ Leider suggeriert die Abbildung 137 („Wichtigkeit der Aufgabenübernahme und Wertung der Aufgabenerfüllung“) durch eine missverständliche Skalierung anderes.

Die DFG wird weiterhin den Ombudsman für die Deutsche Wissenschaft unterstützen, ihr eigener Ausschuss zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens wird seine Arbeit entschlossen fortsetzen.

2.2 Vertretung der Interessen der Wissenschaft gegenüber der Politik

Diese Aufgabe hat in den Augen der Befragten eine sehr hohe Priorität. Eine Interessenvertretung kann mehrere Formen annehmen: Die Beratung von Parlament und Regierung in Sachfragen, Lobbyismus, eine Art „Berufsverband“. Auch kann der Fokus auf dem Ergebnis des Politikprozesses liegen (Interessen der Wissenschaft werden gefördert und umgesetzt). Da die Studie nicht spezifiziert, welche Bereiche gemeint sind (auch die Analyse nach Gruppen gibt keinen rechten Aufschluss), ist schwer einzuschätzen, worauf sich die relativ (aber nicht absolut) zurückhaltende Bewertung der Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die DFG gründet.

2.3 Internationalisierung

Die Befragten betonen die Wichtigkeit der Kooperation mit „WissenschaftlerInnen im Ausland“ und erachten über alle Fachgruppen hinweg die Förderung internationaler Zusammenarbeit als eine gut geeignete Maßnahme zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland. Dementsprechend wird die Förderung nationaler und internationaler Forschungskooperationen durch die DFG als wichtige Aufgabe angesehen, ebenso wie „Pflege und Ausbau internationaler Wissenschaftsbeziehungen“, mit geringer Varianz über die Disziplinen. Die Bewertung der Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die DFG ist allerdings verhaltener.

Insgesamt sieht sich die DFG durch diese Ergebnisse darin bestätigt, ihre Internationalisierungsstrategie konsequent weiter zu verfolgen.

2.4 Politikberatung

Wie im Fall der Interessenvertretung gegenüber der Politik ist dieser Punkt in der Befragung nicht expliziert worden. So ist nicht ersichtlich, in wie weit die Befragten über die umfangreichen Aktivitäten der DFG in diesem Bereich informiert waren. Diese Arbeit ist gerade im Bereich Politikberatung oftmals nicht weithin sichtbar, aber auf praktischer Ebene besonders wirksam, etwa durch die Arbeit mehrerer Senatskommissionen auf Gebieten wie gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe oder tierexperimentelle Forschung.

Auffällig ist auch hier eine Meinungsdivergenz zwischen Zurückhaltung in den Geistes- und Sozialwissenschaften und deutlicher Zustimmung bei den anderen Disziplinen – möglicherweise auch angesichts eines anderen Grundverständnisses von „Politikberatung“.

Zurück bleibt der Eindruck, dass auch in diesem Bereich die Communities der DFG Erwartungen (und wohl auch das damit einhergehende Vertrauen) entgegenbringen.

2.5 Chancengleichheit

Auch die Förderung der Chancengleichheit ist in den Augen der Professorinnen und Professoren eine wichtige Aufgabe der DFG, die sie adäquat wahrnimmt - ein erfreuliches und ermutigendes Ergebnis, gerade angesichts der bevorstehenden Runde der Bewertung der Gleichstellungskonzepte an den Mitgliedseinrichtungen.

Erfreulich ist auch, dass es in der gesamten Studie nur an einer Stelle auffällige Abweichungen in der Einschätzung durch Forscherinnen und Forscher gibt: Bei der Bewertung der Eignung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter, in denen Frauen offensiver urteilen als Männer.

III. Fazit

Die Studie hat Antworten auf die Fragen gegeben, die eingangs formuliert sind:

- Die Ergebnisse der Befragung signalisieren breite Zustimmung zur Grundlinie der themenoffenen Förderung von Einzelvorhaben und von Kooperationen auf nationaler, internationaler und interdisziplinärer Ebene – und demnach auch der Förderung koordinierter Verfahren. Die Nachwuchsförderung wird stark unterstützt.
In einzelnen Aspekten hat die DFG Anlass zu Aufmerksamkeit, insbesondere bei der Förderung „riskanter“ Forschung und bei interdisziplinären Vorhaben.
- Das Begutachtungs-, Bewertungs- und Entscheidungsverfahren der DFG erfreut sich hoher Akzeptanz – mit gewissen, verständlichen Abstrichen bei abgelehnten Antragstellern und Antragstellerinnen. Die starke Belastung der Gutachterinnen und Gutachter stellt die DFG vor Herausforderungen.
- Zu begrüßen ist die substantielle Unterstützung, die die DFG bei der Wahrnehmung von Aufgaben jenseits der Förderung erhält. Die Studie unterstreicht, aktuelle Anlässe vorwegnehmend, die zentrale Rolle, die ihr in der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis zugemessen wird; sie hebt die Erwartungen hervor, die die Communities an die DFG als Akteur im politischen Feld richten, und sie bestätigt ihr Engagement auf verschiedenen wissenschaftsrelevanten Feldern wie Gleichstellung und Erkenntnistransfer.

Darüber hinaus hat die Studie deutlich gemacht, dass in Deutschland auf sehr hohem Niveau geforscht wird; die Professorinnen und Professoren erwarten von der DFG, dass sie dazu beiträgt, indem sie weiterhin wissenschaftsgeleitet die besten Ideen und die besten Forscherinnen und Forscher fördert, und indem sie sich für optimale Rahmenbedingungen einsetzt.

Wenn aber von der DFG Orientierung und Initiative erwartet werden, bleibt es nicht aus, dass sich ein Konsensus zu entsprechenden Handlungen oft erst später bildet, wie etwa bezüglich der Exzellenzinitiative, strukturierter Promotionsförderung oder Publikationsusancen.

Die Studie hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass die DFG sich in ihrem Charakter gewandelt hat – weg von einem Förderer einer kleineren Gruppe von Spitzenforscherinnen und -forschern, der sie im letzten Jahrhundert war, hin zu einer unentbehrlichen Wettbewerbsinstanz für eine große Mehrheit von Hochschullehrerinnen und -lehrern und einer Stimme der Wissenschaft in einem pluralistischen System. Diesem Auftrag gilt es, weiterhin gerecht zu werden.